

# Pulsnitzer Tageblatt

Kempfer 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz  
Postfach-Konto Dresden 21 38. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Er scheint an jedem Werktag  
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung  
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezieser  
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-  
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei  
Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pfl.: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14)  
1 mm Höhe 10 Pfl., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pfl.; amtlich 1 mm  
30 Pfl. und 24 Pfl.; Reklame 25 Pfl. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei  
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Kontursfällen  
gelant der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.  
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz  
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großröhrschorf, Bretzig, Hauswalbe, Dhorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober-  
Niederlichtenau, Freibersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Nichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. V. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 250

Mittwoch, den 24. Oktober 1928

80. Jahrgang

## Amtlicher Teil.

Montag, den 29. Oktober 1928

vormittags 1/9 Uhr

Öffentliche Sitzung des Bezirksausschusses

**Hundesperre**  
Die aus Anlaß des Tollwutfalles in Flur Kleindrebütz mit Bekanntmachung vom  
23. Juli 1928 verhängte Hundesperre wird für die Gemeinden Großröhrschorf und Bretzig  
mit Wirkung vom 25. Oktober 1928 aufgehoben.

Die mit Bekanntmachung vom 28. August 1928 angeordneten Maßnahmen bleiben  
hiervon unberührt und erstrecken sich weiterhin auf die hierin aufgeführten Gemeinden.

Ramenz, am 22. Oktober 1928

Die Amtshauptmannschaft

im Sitzungssaale der Amtshauptmannschaft Ramenz. — Die Tagesordnung hängt im Dienst-  
gebäude der Amtshauptmannschaft und in den Gemeinden mit über 1000 Einwohnern aus.

Amtshauptmannschaft Ramenz, am 23. Oktober 1928.

Anzeigen haben im Pulsnitzer Tageblatt großen Erfolg!

## Das Wichtigste

Dr. Eckener will den Rundflug über Amerika und den Rückflug  
nach Deutschland bei jedem Wetter antreten.

Wie das „Berliner Tageblatt“ meldet, führte über dem Flugplatz  
in Staaken am Dienstag nachmittag ein Sportflugzeug ab und  
verbrannte. Der einzige Insasse, der Pilot Rolf Kramer, wurde  
getötet.

In Köln wurden die Raubmörder Gebrüder Heidger von der  
Polizei gefasst. Nach einem schweren Feuergefecht wurde der  
Jüngere getötet, der Ältere konnte entkommen.

Vom 18. bis 18. November findet in Berlin im Europahaus eine  
Ausstellung für Edelpesttiere statt, die ein Bild von der Ent-  
wicklung der Pesttätigkeit geben soll. Der Ausstellung ange-  
gliedert ist eine Schauausstellung der Hilfsindustrien und Hilsgewerbe.  
Wie aus Offen gelendet wird, ist die Zahl der Paratyphus-  
kranken auf 200 gestiegen.

Im Weihen Haus wird erklärt, daß sich die Lage auch nach der  
Veröffentlichung des französisch-englischen Abkommens nicht  
geändert habe. Die Aussichten für eine Einberufung der Ab-  
stimmungskonferenz in absehbarer Zeit setzen nicht günstiger ge-  
worden. Vor 1931 sei kaum mit dieser Konferenz zu rechnen.

## Vertliche und sächsische Angelegenheiten

**Pulsnitz.** (Ehrenpreis.) Bei der am vergan-  
genen Sonntag vom Verein für Deutsche Schäferhunde, Orts-  
gruppe Dresden unter dem Leistungsrichter Neuhäuser ver-  
anstalteten Zucht- und Leistungsprüfung bestanden die  
Schäferhunde Puppe vom Wehr, Besitzer: Georg Mitsche,  
Pulsnitz die Zuchtprüfung mit „Gut“ und Christel von  
Ellenriedberg, Besitzer: Hans Lou in Pulsnitz N. S. die  
Schuhhundprüfung mit „Sehr gut“. Beide Besitzer erhielten  
für diese Leistungen wertvolle Ehrenpreise ausgehändigt.

**Pulsnitz.** (Zubiläum.) Herr Feiseur August Müll-  
ler, welchem es vergönnt war, am 1. Oktober 1925 sein  
25-jähriges Geschäfts- und am 19. d. M. sein 25-jähriges  
Meister-Zubiläum begehen zu können, wurde aus Anlaß des  
Meisterjubiläums vom Innungsoberrmeister in Radeberg ein  
Ehren-Diplom vom Bund Deutscher Feiseure überreicht. —  
Dem Jubilar unsern wohlgemeinten Glückwunsch.

(Aus den sächsischen Gesichtsblättern.)  
Das Verordnungsblatt des sächsischen Ministeriums für  
Volksbildung Nr. 18 vom 18. Oktober enthält eine Bekannt-  
machung über Stellvertreter der Schulleiter an Volks- und  
Berufsschulen sowie über die Studienstiftung des deutschen  
Volkes.

(Fort mit dem Elzugszuschlag und der  
1. Klasse.) Die Umstellung auf das Zweiklassenystem der Eisen-  
bahn scheint im Reich ohne besondere Schwierigkeiten erfolgt zu  
sein. Zu den Klagen der Berliner erklärt die Reichsbahn-Haupt-  
verwaltung, daß es sich bei der Verwendung schlecht eingerichteter  
Wagen um eine ganz kurze Uebergangszeit handle, und daß die  
Wagen wie zuvor nur als Marktwagen verwendet würden. Es  
gibt aber noch andere Einzelheiten in dieser Neuordnung, die we-  
niger harmlos sind. Da ist zum Beispiel der Zuschlag für Elzüge,  
der die von der Reichsbahn so gelobte Verbilligung der dritten  
Klasse im ganzen Nahverkehr bis zu 150 Kilometer Entfernung  
wieder aufhebt. Außerdem gehört dazu nur die scheinbare Umstei-  
bung der ersten Klasse. Wenn man das Kursbuch betrachtet, sieht  
man nämlich, daß wir nicht ein Zweiklassenystem, sondern ein  
Dreiklassenystem bekommen haben. Denn im überwiegenden Teil  
der Grenzen hinausfahren, ist die erste Klasse geblieben. Man hat  
zwar die vierte Klasse eingezogen, aber die erste Klasse, die nur  
für wenige Reisende in Frage kommt, zum großen Teil erhalten.  
Man geht wohl nicht sehr, wenn man annimmt, daß die 2000  
Minister und Parlamentarier, die wie leider in Deutschland haben,  
nicht ganz unbeteiligt an dieser Regelung sind, die ihnen eine Allein-  
reise auf Freifahrtsein garantiert. Wer außer ihnen und einigen  
sehr reichen Leuten kann sonst die erste Klasse bezahlen? Infolge  
dieser geringen Benutzung ist sie aber unrentabel und kostet mehr  
Geld, als sie einbringt, sobald wir die Soloreisenden in der ersten  
Klasse doppelt bezahlen: einmal, indem wir den Abgeordneten und  
Ministern und all denen, die zur Eisenbahnverwaltung gehören  
und nichts von der Preiserhöhung spüren, einen Freifahrtsein  
geben, und das andere Mal, indem wir ihretwegen ein unrentables  
Beförderungsmittel aus den Ueberschüssen der anderen Klassen am

## Entschiebung des Reichskabinetts zur Verwaltungsreform

Eine Kompromißlösung, für die die Reichsregierung auf eine Mehrheit hofft

Berlin. Die Beratung des Ausschusses für Verwaltungs-  
und Verfassungsreform, der von der Länderkonferenz ein-  
gesetzt ist, hat sich vorläufig nur mit einer allgemeinen General-  
debatte über 25 Denkschriften befaßt. Es zeigte sich kaum die  
Möglichkeit einer Einigung der Mitglieder des Ausschusses,  
selbst wenn man ein Mehrheitsgutachten und ein Minderheits-  
gutachten wählen wollte. Unter diesen Umständen ist das  
Reichskabinetts am Dienstag vor Beginn der Sitzung des Aus-  
schusses zu einer Beratung zusammengetreten, um dem Aus-  
schuß eine Entschließung des Reichskabinetts vorzulegen, die  
einstimmig angenommen wurde. Der Reichsstaatskanzler hat  
dann in der Sitzung des Ausschusses für Verwaltungs-  
und Verfassungsreform die

### Entschließung des Reichskabinetts

bekanntgegeben. Sie hat folgenden Wortlaut:

„Auf Grund der Verhandlungen des Ausschusses er-  
klärt die Reichsregierung:

1. Die Verwaltungsreform muß getragen sein von der  
Erkenntnis der Notwendigkeit einer starken  
Reichsgewalt, der Bedeutung der vielfältigen Eigen-  
arten des deutschen Volkslebens und des Erfordernisses  
sparsamster Finanzgebarung des öffentlichen Haushalts.

2. Eine territoriale Neugliederung ist er-  
forderlich und darf sich nicht auf solche Gebiete beschränken,  
die infolge Gemengelage einzelner Gebietsteile eine beson-  
ders erschwerte und kostspielige Verwaltung haben.

3. Es ist erforderlich, als Glieder des Reiches lei-  
stungsfähige Länder bestehen zu lassen.  
Hierfür ist zu prüfen, wie die Verwaltung der Länder zu  
gestalten ist (Wahl der Landtage, Amtszeit der Landes-  
regierungen, Landespräsenz). Ferner soll geklärt werden, wie  
die Organisation des Unterbaues in den Ländern nach ein-  
heitlichen Reichsgrundsätzen (Reichsrathenverfassung) eingerich-  
tet werden kann.

4. Die Beseitigung des Dualismus zwi-  
schen Reich und Preußen erscheint im Rahmen der  
Entlösung erforderlich. Deshalb ist zu klären, wie in diesem  
Fall das Verhältnis des Reiches zu den übrigen Ländern  
und die Zusammenfassung des Reichsrats gestaltet werden soll.

5. Die Verwaltungsbezirke des Reiches und  
die Ländergrenzen sind nach Möglichkeit einander anzupassen.

6. Die Einrichtung der Auftragsverwal-  
tung ist in dem Sinne auszuarbeiten, daß die Reichs-  
regierung die Länderregierungen mit der Ausführung von  
Angelegenheiten der Reichsverwaltung beauftragen kann, so  
daß die Verwaltung alsdann nach näherer Anweisung der  
Reichsregierung geführt wird, und für die Ausführung die  
Verantwortung nicht gegenüber dem Landtag, sondern  
gegenüber dem Reichstag besteht.

7. Es ist zu prüfen, inwieweit den Ländern zur Er-  
ledigung im Wege der eigenen Verwaltung  
Aufgaben übertragen werden können, die nicht als  
Lebensfragen der Nation vom Reich oder im Auftrage des  
Reiches zu erledigen sind. Auf vielen Gebieten wird sich  
das Reich mit einer Obersicht von Gesetzen und Anord-  
nungen begnügen und die nähere Durchführung den  
Ländern unter selbständiger Verantwortung überlassen  
können.

8. Die Reichsregierung empfiehlt dem Ausschuss, zur  
Bearbeitung dieser Fragen zwei Unterausschüsse ein-  
zusetzen, von denen der erste Vorschläge für die neue Ab-  
grenzung der Länder und Reichsverwaltungsbezirke, und  
der zweite Vorschläge für die Zuständigkeit der Länder und  
deren Organisationen zu machen hat. Dabei bleibt eine  
gemeinsame Tagung der beiden Ausschüsse vorbehalten.“

Diese Entschließung der Reichsregierung ist ein  
Kompromiß, das aber in der Beschränkung der Voll-  
machten der Länder und auch in der Frage der Regelung  
des Verhältnisses zwischen Reich und Preußen theoretisch  
ziemlich weit geht. Es ist deshalb noch fraglich, ob der  
Ausschuss der Länderkonferenz diese Entschließung überhaupt  
an zwei Unterausschüsse verweisen wird. Die Reichs-

regierung hofft aber auf eine Mehrheit für die Ueber-  
weisung an die Unterausschüsse.

Auf Antrag Bayerns wurde die Konferenz des Aus-  
schusses für Verfassungs- und Verwaltungsreform bis Mitt-  
woch vormittag vertagt, weil Bayern in der Ent-  
scheidung der Reichsregierung keine ge-  
eignete Verhandlungsgrundlage sieht. Am  
Dienstag nachmittag fanden zwischen den Vertretern der ein-  
zelnen Länderregierungen Verhandlungen statt, die zur  
weitere Klärung der Lage beitragen sollen.

## Befreiungspolitik ist Binnenpolitik.

Reichsernährungsminister a. D. Schiele zur  
Notlage der Landwirtschaft.

Berlin. Auf einer Versammlung des Landbundes der  
Provinz Sachsen am 23. Oktober in Magdeburg nahm der  
Präsident des Reichslandbundes, Reichsernährungsminister  
a. D. Schiele, in einer Rede zu der Notlage der Land-  
wirtschaft Stellung. Seine Ausführungen gipfelten in fol-  
genden Grundgedanken:

„Die deutsche Politik ist seit den Tagen des Zusammen-  
bruchs zu sehr nach außen gerichtet gewesen. Je mehr wir  
wahrnehmen, daß der Weg unserer Außenpolitik mit Ent-  
täuschungen gepflastert ist, um so stärker sollten wir  
die Volkskräfte konzentrieren auf die Konsolidierung im  
eigenen Lande.“

Die wahre Befreiungspolitik beginnt mit  
der Binnenpolitik. Wehe dem Staate, der in Ent-  
fremdung von seinem Vauerntum seine Geschicke zu gestalten  
sucht. Es ist eine Tragik unserer Zeit und unseres  
Staates, daß ihm die besten, nämlich die bodenständigen, die  
bäuerlichen Kräfte heute entfremdet sind. Unter dem Land-  
volk will und kann auch bei den gegebenen Verhältnissen,  
so sehr der Landmann der geborene Staatsbürger ist, keine  
rechte Begeisterung für diesen Staat, der ihn nicht versteht,  
aufkommen. Er fühlt nicht, daß es sein Staat ist, für den er  
täglich 14 Stunden arbeitet. Er sieht, daß dieser Staat  
die Erfolgswirtschaft der Gewerkschaften und des modernen  
Kapitals widerstandslos als gegebene Realitäten hinnimmt,  
während Bauer und Bürger, die die besten Bürger des  
Staates sein sollten, in Erfolglosigkeit zu versinken drohen.  
Hier ist die elementarste Staatsaufgabe gegeben, wenn die  
Erneuerung, nach der das ganze Volk ruft, kommen soll.

## „Die Freiheit am Rhein ist der Friede Europas!“

Darmstadt. In einer vom politischen Arbeiterseminar  
in Koblenz veranstalteten Tagung sprach der hessische Innen-  
minister über das Thema: „Freies Volk am freien Rhein“.  
Minister Leuschner betonte besonders den Willen der  
rheinischen Arbeiter, die Räumung des besetzten Gebietes  
nicht durch neue Opfer erkaufen zu lassen.  
Für die Befreiung dürften auch keine neuen Feststellungs-  
behörden eingerichtet werden. Der Minister schloß seine Aus-  
führungen mit den Worten: „Die Freiheit am Rhein ist der  
Friede am Rhein, und der Friede am Rhein ist der Friede  
Europas.“

## Neaatives Ergebnis der Brüsseler Besprechungen Parker Gilberts?

Brüssel, 23. Oktober. Parker Gilbert, der nach Ab-  
schluß seiner Verhandlungen vom König empfangen wurde,  
hat am Abend um 19.30 Uhr die Rückreise nach Berlin an-  
getreten. Bezüglich des Ergebnisses der Brüsseler Bespre-  
chungen Parker Gilberts herrscht in hiesigen Kreisen der  
Eindruck vor, daß noch große Schwierigkeiten zu überwinden  
sind und infolgedessen wohl mit einem Zusammentritt der  
Sachverständigenkonferenz in nächster Zeit noch nicht zu  
rechnen ist.

